

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder  
Prof. Dr. Bernhard Weßels  
Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung  
Reichpietschufer 50  
10785 Berlin

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung | Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Berlin, 18.11.2020

---

## Gesetzlicher Rahmen für die Inhalte des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus?

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir müssen nicht nach Ungarn, Polen oder gar in die USA blicken, um festzustellen: die Demokratie ist fragil. Sie lebt davon, dass ihre Bürgerinnen und Bürger einander als gleiche und freie Mitglieder der Gesellschaft anerkennen und gemeinsam in den offenen, informierten und wertschätzenden Diskurs treten. Eine gefestigte demokratische Kultur ist der stärkste Schutz gegen jede Form des Extremismus und fördert in Zeiten großer Unsicherheit und massiver gesellschaftlicher Verwerfungen das Vertrauen in politische Institutionen und Politik im Allgemeinen. Sie kann jedoch nicht verordnet, sondern muss jeden Tag von uns allen gelernt und praktiziert werden. Dafür leistet die Zivilgesellschaft in Deutschland einen unschätzbaren und zugleich unverzichtbaren Beitrag.

Dennoch geraten auch in unserem Land demokratische Begegnungsräume unter Druck, leben Minderheiten in Angst, nehmen politisch motivierte Gewalttaten ebenso wie Hasskriminalität in den sozialen Medien deutlich zu. Alle sind gefragt, darauf zu reagieren – auch der Staat. Dieser kann die Voraussetzungen einer wehrhaften Demokratie nicht garantieren, er kann Bürger und Bürgerinnen nicht zwingen, unsere demokratischen Werte und Normen mit Leben zu füllen. Jedoch kann er Voraussetzungen für gegenseitigen Respekt und ein demokratisches Miteinander fördern.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir demokratiepolitisch interessierte WissenschaftlerInnen, PublizistInnen sowie RepräsentantInnen großer deutscher Stiftungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen, dass die Bundesregierung den **“Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus”** ins Leben gerufen hat. Denn damit wird dem so wichtigen Kampf gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenverachtung und extremistischer Gewalt in unserem Land höchste politische Priorität beigemessen.

Am 25. November 2020 kommt dieser Kabinettsausschuss zur dritten und entscheidenden Sitzung zusammen, bei der aus unserer Sicht zentrale Weichen für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft gestellt werden. Mit der finalen Einigung auf ein Maßnahmenpaket werden Sie wichtige Entscheidungen treffen zur **Frage, wie wir unsere Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zukünftig noch besser schützen und fördern können**: vor weiteren rechtsextremistischen Anschlägen wie in Hanau und Halle, vor islamistischem

Terror, vor alltäglichem Antisemitismus gegenüber Menschen jüdischen Glaubens, vor Anschlägen auf BürgermeisterInnen und andere lokale politische Amtsträger wie den tödlichen Angriff auf Walter Lübcke, vor extremistischer Gewalt jedweder Form, aber auch vor der Verbreitung von fake news und Hass in sozialen Medien sowie vor einem Erstarken von Verschwörungsideologien.

Der Medienberichterstattung haben wir entnommen, dass innerhalb der Bundesregierung bereits eine erste Verständigung erzielt wurde, die Förderprogramme für Extremismusprävention, Demokratieförderung und die politische Bildung auszubauen und dabei auch die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern. Das begrüßen wir ausdrücklich. Zugleich sind wir der Auffassung, dass es vor dem Hintergrund der akuten Herausforderungen für die Demokratie an der Zeit ist, einen weiteren Schritt zu gehen.

Wir sind überzeugt: Die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Kampf gegen Extremismus und Rassismus erfordern nicht nur verstärkte Maßnahmen des Staates auf der Ebene von Förderrichtlinien, sondern **die Stärkung von politischer Bildung und demokratischem Engagement vor Ort in Form einer eigenen parlamentsgesetzlichen Grundlage.**

Die im Koalitionsvertrag als Ziel festgelegte „nachhaltige Absicherung von qualitativ guten Programmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention“ würde mit der Aufnahme eines eigenen Demokratieförderungsgesetzes des Bundes in das Maßnahmenpaket erreicht.

**Von solch einem eigenen Gesetz würde das Signal ausgehen, dass der zivilgesellschaftliche Einsatz für eine lebhafte und wehrhafte Demokratie und gegen jede Form von Extremismus vom Staat nicht nur in hohem Maße wertgeschätzt, sondern auch auf struktureller Ebene unterstützt wird – und zwar wirkungsorientiert, verlässlich, langfristig und sichtbar.** Denn nur das Zusammenspiel von rechtsstaatlichen und strafrechtlichen Abwehrmitteln mit einer effektiven und umsichtigen Prävention anti-demokratischer Tendenzen sichert die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

Es steht die Frage im Raum, ob die Umsetzung eines solchen Gesetzes durch den Bund mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Verfassungsrechtler sind in verschiedenen Rechtsgutachten unabhängig voneinander zu dem eindeutigen Schluss gekommen, dass sich die Kompetenz des Bundes, verfassungsfeindlichen Bestrebungen präventiv entgegenzutreten und die Nachsorge für Opfer von Extremismus und Rassismus zu sichern, aus dem Grundgesetz herleiten lässt. **Der Bund darf die Demokratie durch ein Demokratiefördergesetz unterstützen – und sollte dies aus unserer Sicht auch tun.**

Denn ein solches Gesetz bietet zahlreiche Chancen. Neben der Wertschätzung der zivilgesellschaftlichen Arbeit vor Ort und der Ermöglichung einer präventiven und nachhaltigen Demokratiearbeit würde ein Demokratiefördergesetz ein wichtiges Signal sowohl nach Europa als auch in die Bundesländer senden. Das Gesetz könnte zudem als **gesetzlicher Rahmen für die Inhalte des Kabinettsausschusses gegen Rassismus und Rechts-extremismus** dienen.

Die vielen Menschen, die über unser ganzes Land verteilt gerade an sozialen Brennpunkten wertvolle Demokratiearbeit leisten und dabei nicht selten mit ihren Familien Gefährdungen ausgesetzt sind, benötigen Schutz und Fürsorge unseres Staates. Dafür wäre in demokratiepolitisch turbulenten Zeiten ein Gesetz zur Demokratieförderung aus unserer Sicht ein wichtiger Meilenstein. Wir freuen uns in diesem Bestreben mit hochrangigen RepräsentantInnen der Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Verbänden, Initiativen und MigrantInnenselbstorganisationen zentrale Akteure der organisierten Zivilgesellschaft hinter diesem Anliegen zu wissen.

Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung sind der Garant für unseren Rechtsstaat und Grundstein für eine resiliente und lebendige Demokratie. Sie sind unersetzlich und verdienen deshalb Rückendeckung und die besten Rahmenbedingungen.

Für einen Gedankenaustausch stehen wir allesamt jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



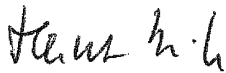
**Prof. Dr. Jutta Allmendinger**  
*Präsidentin, Wissenschaftszentrum  
Berlin für Sozialforschung (WZB)*




**Ferda Ataman**  
*Publizistin und Vorsitzende,  
neue deutsche organisationen e.V.*



**Christiane Benner**  
*Zweite Vorsitzende, IG Metall*



**Prof. Dr. Heinz Bude**  
*Professor für Makrosoziologie,  
Universität Kassel*



**Selmin Çalışkan**  
*Direktorin für Institutionelle  
Beziehungen, Berliner Büro der  
Open Society Foundations*



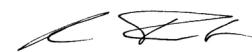
**Prof. Dr. Frank Decker**  
*Professor für Politikwissenschaft,  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-  
Universität Bonn*



**Prof. Dr. Ulrich Eith**  
*Direktor, Studienhaus Wiesneck  
Professor für Politikwissenschaft,  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*



**Prof. Dr. Naika Foroutan**  
*Direktorin, Berliner Institut für  
Integrations- und Migrationsforschung  
Professorin für Integrationsforschung  
und Gesellschaftspolitik, Humboldt-  
Universität zu Berlin*



**Prof. Dr. Rainer Forst**  
*Professor für Politische Theorie und  
Philosophie, Goethe-Universität  
Frankfurt*



**Adriana Groh**  
*Direktorin, Prototype Fund  
Mitorganisatorin des preisgekrönten  
„#WirVsVirus“-Hackathon*



**Prof. Dr. Florian Grotz**  
*Professor für Politikwissenschaft,  
Helmut-Schmidt-Universität/Universität  
der Bundeswehr Hamburg*



**Kübra Gümüsay**  
*Autorin und Publizistin*



**Prof. Dr. Michaela Hailbronner**  
*Professorin für Öffentliches Recht und  
Menschenrechte, Justus-Liebig-  
Universität Gießen*



**Prof. Dr. Anke Hassel**  
*Professorin für Public Policy, Hertie  
School*



**Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer**  
*Ehemaliger Direktor, Institut für  
interdisziplinäre Konflikt- und  
Gewaltforschung, Universität Bielefeld*



**Dr. Anna Herrhausen**

Geschäftsführerin, Alfred Herrhausen Gesellschaft



**Reiner Hoffmann**

Vorsitzender, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)



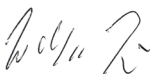
**Jörg Hofmann**

Erster Vorsitzender, IG Metall



**Prof. Dr. Everhard Holtmann**

Forschungsdirektor, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg



**Prof. Dr. Wolfgang Jäger**

Professor (em.) für Vergleichende Regierungslehre & Rektor a.D., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



**Prof. Dr. Werner Jann**

Professor (em.) für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation, Universität Potsdam



**Prof. Dr. Hans Joas**

Ernst-Troeltsch-Honorarprofessor für Religionssoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin



**Dr. Anna Kaminsky**

Geschäftsführerin, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



**Basil Kerski**

Direktor, Europejskie Centrum Solidarność



**Dr. Ansgar Klein**

Hauptgeschäftsführer, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Privatdozent für Politikwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin



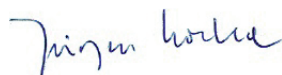
**Prof. Dr. Tanja Klenk**

Professorin für Verwaltungswissenschaft, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg



**Julia Kloiber**

Civic Tech Expertin und Initiatorin von [digitalezivilgesellschaft.org](http://digitalezivilgesellschaft.org), Geschäftsführerin, Superr Lab & Partnerin, Ashoka



**Prof. Dr. Jürgen Kocka**

Professor (em.) für Geschichte, Freie Universität Berlin, Präsident a.D., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)



**Prof. Dr. Sabine Kropp**

Professorin für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin



**Esra Küçük**

Geschäftsführerin, Allianz Kulturstiftung



**Prof. Dr. Beate Küpper**

Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein



**Maria Loheide**

Vorstand Sozialpolitik, Diakonie Deutschland



**Dr. Anna Lührmann**

Stellvertretende Direktorin, Varieties of Democracy Institute (V-Dem), Juniorprofessorin, Universität Göteborg



**Prof. Dr. Nora Markard**

Professorin für Internationales  
Öffentliches Recht und Internationalen  
Menschenrechtsschutz, Westfälische  
Wilhelms-Universität Münster



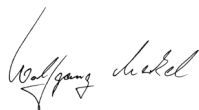
**Prof. Dr. Steffen Mau**

Professor für Makrosoziologie,  
Humboldt-Universität zu Berlin



**Aiman Mazyek**

Vorsitzender, Zentralrat der Muslime in  
Deutschland



**Prof. Dr. Wolfgang Merkel**

Ehemaliger Direktor der Abteilung  
Demokratie und Demokratisierung,  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung (WZB)



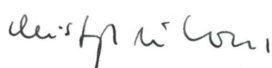
**Dr. Erika Mezger**

Senior Adviser, European Policy Centre



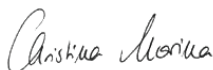
**Jes Möller**

Präsident a.D., Verfassungsgericht des  
Landes Brandenburg



**Prof. Dr. Christoph Möllers**

Professor für Öffentliches Recht  
und Rechtsphilosophie, Humboldt-  
Universität zu Berlin



**Prof. Dr. Christina Morina**

Professorin für Allgemeine Geschichte  
unter besonderer Berücksichtigung der  
Zeitgeschichte, Universität Bielefeld



**Prof. Dr. Patrizia Nanz**

Wissenschaftliche Direktorin, Institute for  
Advanced Sustainability Studies (IASS)



**Prof. Dr. Armin Nassehi**

Professor für Soziologie, Ludwig-  
Maximilians-Universität München



**Katarina Niewiedzial**

Beauftragte für Integration und  
Migration, Berliner Senat



**Prof. Dr. Dieter Oberndörfer**

Professor (em.) für Politikwissenschaften,  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



**Dr. Andreas Püttmann**

Politikwissenschaftler und Publizist



**Dr. Matthias Quent**

Gründungsdirektor, Institut für  
Demokratie und Zivilgesellschaft



**Prof. Dr. Hedwig Richter**

Professorin für Neuere und Neueste  
Geschichte, Universität der Bundeswehr  
München



**Romani Rose**

Vorsitzender, Zentralrat Deutscher Sinti  
und Roma



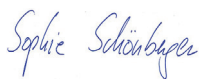
**Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar**

Professorin für Vergleichende  
Politikwissenschaft, Universität Kassel



**Dr. Michael Schaefer**

Vorsitzender des Vorstands,  
BMW Foundation Herbert Quandt  
Botschafter a.D.



**Prof. Dr. Sophie Schönberger**  
Professorin für Öffentliches Recht,  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf



**Prof. Dr. Wolfgang Schroeder**  
Professor für Politikwissenschaft,  
Universität Kassel  
Vorsitzender des Wissenschaftlichen  
Beirats, Das Progressive Zentrum



**Michael Schwarz**  
Geschäftsführer, Stiftung Mercator



**Dominic Schwickert**  
Geschäftsführer, Das Progressive  
Zentrum e.V.



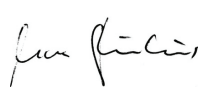
**Dr. Linn Selle**  
Präsidentin, Europäische Bewegung  
Deutschland e.V.



**Prof. Dr. Sascha Spoun**  
Präsident, Leuphana Universität Lüneburg  
Gastprofessor, Universität St. Gallen (HSG)



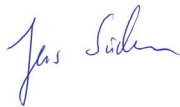
**Melanie Stein**  
Initiatorin, „Wir sind der Osten“



**Maximilian Steinbeis**  
Gründer und Herausgeber,  
Verfassungsblog



**Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger**  
Direktorin, Wissenschaftskolleg zu  
Berlin



**Prof. Dr. Jens Südekum**  
Professor für Internationale Ökonomie,  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf



**Marlis Tepe**  
Vorsitzende, Gewerkschaft Erziehung  
und Wissenschaft (GEW)



**Prof. Dr. Tom Thieme**  
Professor für Gesellschaftspolitische  
Bildung, Hochschule der Sächsischen  
Polizei



**Michael Vassiliadis**  
Vorsitzender, Industriegewerkschaft  
Bergbau, Chemie, Energie



**Prof. Dr. Hans Vorländer**  
Direktor, Zentrum für Verfassungs- und  
Demokratieforschung und Mercator  
Forum Migration und Demokratie,  
Technische Universität Dresden



**Prof. Dr. Maria Wersig**  
Professorin für rechtliche Grundlagen  
der Sozialen Arbeit, Hochschule  
Hannover



**Prof. Dr. Bernhard Weßels**  
Kommissarischer Direktor, Abteilung  
Demokratie und Demokratisierung,  
Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung (WZB)



**Prof. Dr. Heinrich August Winkler**  
Professor (em.) für Neueste Geschichte,  
Humboldt-Universität zu Berlin

PS: Dieser Brief wird an alle Mitglieder des Bundeskabinetts sowie die Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU sowie SPD versendet.

## **WARUM SICH EIN DEMOKRATIEFÖRDERGESETZ LOHNEN WÜRD**

### **1. Politische Wertschätzung der Demokratiearbeit vor Ort und einen gestärkten rechtlichen Status seiner Akteure**

Der Schutz der Demokratie ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch Aufgabe der Zivilgesellschaft. Mehr noch: Demokratie braucht – damit sie überleben und sich sinnvoll weiterentwickeln kann – die vitale und robuste Zivilgesellschaft. Mit einem Demokratiefördergesetz würden eben jene Organisationen und Menschen unterstützt, die sich zu tausenden tagtäglich für eine starke Demokratie vor Ort einsetzen. Ein Gesetz wäre nicht nur ein deutliches Signal an die Zivilgesellschaft, sondern würde der Demokratieförderung zugleich einen angemessenen gesellschaftspolitischen Stellenwert und rechtlichen Status zum Schutz gegen Angriffe einräumen.

### **2. Nachhaltige Demokratieförderung und politische Bildung**

Ein Demokratiefördergesetz würde ein dauerhaftes, präventives, nachhaltiges und wirksames Engagement ermöglichen. Bislang kann der Bund zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte der Demokratieförderung und politischen Bildung nur befristet und häufig lediglich auf Modellcharakter-Ebene fördern. Mit einem gesetzlichen Rahmen könnte klar geregelt werden, wer welche Mittel für welchen Zeitraum erhält. Erst dann wäre ein nachhaltiges und wirksames demokratisches Engagement ohne kontinuierliche finanzielle Existenzangst möglich. Denn aus unserer Erfahrung wissen wir, dass Projekte nicht selten ein bis zwei Jahre Anlaufzeit benötigen, um überhaupt Wirkung zu entfalten.

Das Demokratiefördergesetz würde es vielen kleinen und großen Vereinen und Initiativen erlauben, finanzielle Planungssicherheit zu gewinnen, Projekte der Demokratieförderung und politischen Bildung langfristig und strategisch auszurichten und für die Projektumsetzung die „besten Köpfe“ zu finden und zu

binden. Die Förderung einer demokratischen Debatte-  
tenkultur, die Entwicklung von demokratischen Tugenden wie Ambiguitätstoleranz und Medienkompetenz und das Beherzigen demokratischer Werte und Normen sind jedoch kein Projekt mit festgelegtem Anfang und Ende. Sie sind vielmehr eine Daueraufgabe der wehrhaften Demokratie. Neben Innovation muss es in der Demokratieförderung und der politischen Bildung auch darum gehen, das Bewährte zu verstetigen.

Wichtig ist, dass es der Bundesregierung und dem Bundestag auch auf Grundlage eines solchen Demokratiefördergesetzes freilich möglich bleibt, flexibel auf demokratiepolitische Herausforderungen zu reagieren. Ziel eines solchen Gesetzes darf und sollte daher nicht sein, die Förderungen jeglicher Qualitätskontrolle zu entziehen. Im Gegenteil: die bewährte wissenschaftliche Evaluation der Programme ließe sich in diesem gesetzlichen Rahmen ebenfalls festschreiben, um besonders gut evaluierte Projekte weiter zu fördern.

### **3. Signal nach Europa und in die Länder**

Mit großer Sorge beobachten wir in einigen EU-Staaten antidemokratische Entwicklungen, eine Aushöh-  
lung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie eine erhebliche Schwächung der Zivilgesellschaft. Ein Demokratiefördergesetz könnte ein klares Signal gegen derartige Entwicklungen in Europa sein und anderen Mitgliedstaaten als Vorbild dienen. Gleichzeitig könnte es als Startpunkt dienen, die Koordination der Demokratie- und Engagementförderung auf Länderebene beispielsweise über den Bundesrat weiter auszubauen. Erfreulicherweise werden in vielen Ländern aktuell zahlreiche neue Initiativen zur Förderung von Demokratie, bürgerschaftlichem Engagement und politischer Bildung diskutiert. Denn erfolgreiche Demokratiearbeit braucht das strategische Zusammenwirken und die kluge Verschränkung der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene.